

Hass im Internet

Zivilitätsverluste in der digitalen Kommunikation. *Von Kai Hafez*

Abstract Menschenfeindliche und rassistische Äußerungen (Hate Speech) gegenüber religiösen und ethnischen Gruppen im Internet haben sich weltweit massiv ausgebreitet. Das Internet ist weniger ein Ort der multikulturellen Begegnung als des aggressiven Kulturkampfes mit weitreichenden Folgen für gesellschaftliches Handeln von der Diskriminierung bis zur fremdenfeindlichen Gewalt. Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich in konzentrierter Form mit unterschiedlichen politikwissenschaftlichen, soziologischen und kommunikationswissenschaftlichen Erklärungsversuchen für die Ursachen der Hasskommunikation. Abgerundet wird der Beitrag durch eine Reflexion über ethische und co-regulative Maßnahmen in einer wehrhaften liberalen Demokratie.

In den letzten Jahren haben sich die Grenzen der Zivilität im Internet und in den Sozialen Medien verschoben.¹ Menschenfeindliche und rassistische Äußerungen (Hate Speech) gegenüber religiösen und ethnischen Gruppen haben sich weltweit ausgebreitet (vgl. Margolis/Moreno-Riaño 2009). Das Simon Wiesenthal Center zählt 20 000 problematische Websites und Foren Sozialer Medien. Seit 2009 ist es zu einer geschätzten Verdreifachung von Hate Speech-Aktivitäten im Internet gekommen (vgl. Carlson 2016). Digitale Netze haben

Prof. Dr. Kai Hafez ist Inhaber der Professur für Kommunikationswissenschaft mit Schwerpunkt Vergleich von Mediensystemen und Kommunikationskulturen an der Universität Erfurt.

1 Der Aufsatz basiert auf einem Vortrag beim Krupp Reimers Forschungskolloquium II „Identität und Hass“, Werner Reimers Stiftung, Bad Homburg, 30. September 2016.

also nicht nur positive Effekte einer verbesserten Interaktion und Mobilisierung der Zivilgesellschaft. Vorurteile, die bislang gesellschaftlich halbwegs tabuisiert und allenfalls das Vorrecht der „Stammtische“ gewesen sind, dringen nun in die breite Öffentlichkeit vor. Die Isolationsfurcht, sich mit rassistischen Äußerungen ins soziale Abseits zu begeben, weicht der beschleunigten Renaissance einer salonfähigen Fremdenfeindlichkeit.

Nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Hasskommunikation hat sich verändert. Sie findet nicht mehr nur in öffentlichen Foren statt, sondern wird gezielt an Privatpersonen versendet. Der Sprachterror erreicht neue Dimensionen, indem die Trennung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit abgeschafft wird. Der Übergang zwischen artikuliertem Vorurteil, Diskriminierung und fremdenfeindlicher Gewalt ist zudem fließend. Die Zahl rassistischer Gewaltakte ist sprunghaft gestiegen, und während das Internet hierfür keine Alleinverantwortung trägt, haben viele Attentäter – gleich ob Islamisten oder anti-muslimische Rassisten – vor ihren Taten intensive Berührungen mit populistischen oder extremistischen Websites und Foren. Studien zu Jugendlichen zeigen, dass wenn Hasskommunikation im Internet auf den fruchtbaren Boden bestimmter Einstellungen und Lebenskontexte fällt, Radikalisierung beschleunigt werden kann (vgl. Knipping-Sorokin/Stumpf/Koch, S. 27-31).

Hegemoniale kulturalistische Scheindialoge bis hin zu völkischen und biologischen Anschauungen werden heute auf Internetplattformen geäußert, deren Reichweite sich über den rechten Rand hinaus bis in die Mitte der Gesellschaft erstrecken. Gerade in Kombination mit dem organisierten Rechtspopulismus (AfD, Pegida usw.) wird der nach dem Zweiten Weltkrieg erzielte liberal-demokratische Grundkonsens der Bundesrepublik Deutschland, Europas wie auch der Vereinigten Staaten – einschließlich der Modernisierung des deutschen Konservatismus in jüngeren Jahren – herausgefordert.

Die in der Literatur auch als „Cheap Talk“-Effekte bezeichneten Phänomene der Hasskommunikation (Chadwick 2006, S. 121) entstehen durch die Verringerung von Interaktionskosten, die Anonymisierung und den Abbau von Gatekeeping-Mechanismen im Vergleich zu den klassischen Massenmedien. Dennoch scheint die Frage, *warum* Gesellschaften in Zeiten moderner Kommunikationstechnologien hasserfüllter miteinander umgehen als zuvor, noch nicht hinreichend geklärt. Die Zusam-

Warum Gesellschaften in Zeiten moderner Kommunikation hasserfüllter miteinander umgehen, ist noch nicht hinreichend erklärt.

menführung alter und die Entstehung neuer Kommunikationsweisen im Netz macht eine Betrachtung des Phänomens aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Blickwinkeln erforderlich. Enttabuisierung ist nicht nur die Folge der Umtriebe politischer Parteien und Bewegungen, sondern sie ist auch ein soziologisch beschreibbares Gemeinschaftsproblem der Moderne, das sich digital neu stellt. Kommunikationswissenschaftlich schließlich ergeben sich aus der kulturellen Fernwahrnehmung der Medien und der technischen Entgrenzung interpersonaler Kommunikation gravierende Interaktionsstörungen, die als kommunikative Pathologien an den Grenzen zwischen Systemen und Lebenswelten beschreibbar sind.

Der anti-tabuistische Gestus, der allerorten sichtbar wird, wendet sich am Ende gegen sich selbst. Wer ethnische und religiöse Demarkationen wieder zur Grundlage der politischen Ordnung machen will, der zerstört das Fundament der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit. Die Betreiber von Hassportalen berufen sich auf die Legalität ihres Handelns, da auch Vorurteile gegen Gruppen, solange diese nicht gegen lebende Individuen gerichtet seien, unter dem Schutz der Meinungsfreiheit stünden. Deklarationen wie die der Europäischen Kommission gegen Hate Speech (vgl. ECRI 2016, S. 16) wären demnach nicht zielführend. Dies ist allerdings eine fehlerhafte Annahme, denn die liberale Demokratie ist weder rechtlich noch ethisch wehrlos gegen intolerante Sprechakte, die den sozialen Frieden stören. Die Gesellschaft ist nicht gezwungen, Rassismus für salonfähig zu erklären. Meinungsfreiheit muss nicht schrankenlos sein, und Staat, Institutionen, Unternehmen und Zivilgesellschaft bieten sich eine Reihe von Möglichkeiten der Co-Regulation eines Netzes, das aus dem Ruder zu laufen droht.

Ursachen 1: Politikwissenschaftliche Perspektiven

Beim Aufkommen des massenhaften Internets in den 1990er Jahren galt das Internet als Chance für einen Neustart der deliberativen Demokratie. In dieser post-modernen „Post-Demokratie“ (vgl. Crouch 2004) sollte eine öffentliche Partizipation der bis dahin marginalisierten Teile der Gesellschaft möglich werden (vgl. Laclau/Mouffe 2001), bis hin zur Abhaltung plebiszitärer Wahlen über das Netz. Diese Korrekturbewegung galt als Gegengewicht zur „Kolonialisierung“ der Lebenswelten durch Massenmedien (vgl. Habermas 1995), als Grundlage für eine echte dialogische Öffentlichkeit, vielleicht sogar als Einlösung

der Versprechen einer Basisdemokratie mit zivilgesellschaftlicher Beteiligung auch jenseits der organisierten Sozialsysteme (Parteien, Institutionen, Massenmedien).

Dabei sind die Erträge des Internets für die politische Öffentlichkeit unklar geblieben. Weder kann der Gewinn des Internets für die repräsentative Demokratie präzise benannt werden, Phänomene wie „twitternde Politiker“ bleiben beispielsweise ambivalent, noch ist bis heute ein Zuwachs an zivilgesellschaftlicher Partizipation durch Cyberproteste erkennbar, der nicht mit einer nachlassenden Attraktivität von Gewerkschaften und Parteien gerade bei Jugendlichen erkaufte würde. Eindrucksvoller durch das Internet geförderter Aktivismus (wie vor dem Irakkrieg 2003 in Europa oder während des Arabischen Frühlings) hat kaum politische Effekte erzielt. Von einer Cyber-Wahldemokratie kann zudem nicht im Ansatz die Rede sein. Eine digitale Basisdemokratie wie bei der Partei „Die Piraten“ muss vorläufig als gescheitert betrachtet werden.

Wir müssen erkennen, dass die Neuen Medien der Postmoderne auch die Wiederkehr eines neu-alten Populismus erleichtert haben.

Demgegenüber entwickeln sich rechtspopulistische Bewegungen im und durch das Internet. Wir müssen erkennen, dass die Neuen Medien der Postmoderne auch die Wiederkehr eines neu-alten Populismus erleichtert haben. Die politische Mobilisierung ist hier eng mit den Sozialen Medien verknüpft (bspw. Facebook-Gruppe von Pegida oder die Website Politically Incorrect) (vgl. Nam 2017; Schiffer 2010). Eine digitale Versammlungsoffenheit ist entstanden, die Fremdenfeindlichkeit wieder enttabuisiert.

Natürlich kann man einwenden, dass wir demoskopisch schon seit Jahrzehnten wissen, dass etwa die Hälfte der deutschen Bevölkerung den Islam ablehnt und die Lerneffekte der Bekämpfung des Antisemitismus sich eben nie dämpfend auf andere Bereiche der Fremdenfeindlichkeit wie die Islamophobie ausgewirkt haben. Das Internet macht lediglich sichtbar, was ohnehin in der politischen Kultur angelegt gewesen ist (vgl. Hafez/Schmidt 2015). Zudem ist richtig, dass die klassischen Massenmedien durch stereotypen Journalismus eine Mitverantwortung für das Wiederaufleben des Rassismus tragen (s. u.). Dennoch setzt sich im Internet nicht einfach eine reaktionäre schweigende Mehrheit durch, sondern hyperaktive neu-rechte Meinungsführer agitieren. Die Zahl der islamophoben Blogs übersteigt die der islamophilen Blogs in Deutschland um ein Vielfaches (vgl. Engelman et al. 2010, S. 121 ff.). Wenn das

Internet die Demokratie stärkt, dann sicher nicht die *liberale* Demokratie, sondern bestenfalls die hegemoniale Demokratie rechtspopulistischer Couleur.

Ursachen 2: Kultursoziologische Perspektiven

Kultursoziologisch gesehen schweigt die Mehrheit allerdings auch, weil sie fremdenfeindliche Einstellungen der politischen Rechten zumindest in ihrer stereotypen Substanz teilt, auch wenn sie selbst in der Regel vor diskriminierenden Sprechakten, Gewalttaten oder der politischen Konsequenz einer Wahl rechtspopulistischer Parteien zurückschreckt. Wer fragt, woher der *Hass* im Internet kommt, der kommt an der Tatsache nicht vorbei, dass dieser keineswegs ausschließlich von rechten Meinungsführern fabriziert wird. Eine eher dulddende, nicht wirklich anerkennende Form der Toleranz (vgl. Forst 2006) ist insbesondere mit Blick auf die islamische Welt, Afrika und Asien ein Kennzeichen unserer nach wie vor eurozentrischen westlichen

Aufklärung. Während in Deutschland die Bekämpfung des Rassismus nach dem Holocaust mit Blick auf den Antisemitismus große Erfolge erzielt hat, ist dies im Bereich der Islamfeindlichkeit nicht der Fall. Die Gleichstellung des Islams in Deutschland in Schule,

Was fehlt, ist ein gesellschaftlicher Konsens gegen Fremdenfeindlichkeit, der die durch den Populismus gefährdete Demokratie stabilisieren könnte.

Wissenschaft und Öffentlichkeit schreitet nur zögerlich voran (vgl. Hafez 2013). Ob der „Islam zu Deutschland gehört“, ist trotz der Anwesenheit von mehr als vier Millionen Muslimen in diesem Land eine ungeklärte Frage. Bildung ist beim Thema Islamfeindlichkeit, anders als bei dem generellen Bekenntnis zum Rassismus, kaum ein dämpfender Faktor (vgl. Hafez/Schmidt 2015, S. 59 ff.). Alltagskontakte wirken sich positiv aus, werden aber insbesondere in Zeiten des Terrorismus durch einen für Islamfeindlichkeit anfälligen Journalismus konterkariert (vgl. Schiffer 2005). Was fehlt, ist ein gesellschaftlicher Konsens gegen Fremdenfeindlichkeit, der die durch den Populismus gefährdete Demokratie stabilisieren könnte.

Aber wir wollen es nicht übertreiben: Gerade in links-liberalen und grünen Milieus ist die Immunität gegenüber Rassismus noch am stärksten ausgeprägt (vgl. Hafez/Schmidt 2015, S. 39 ff.). Von der Sozialdemokratie nach rechts hin haben wir es allerdings mit einer Anfälligkeit für Fremdenfeindlichkeit zu tun, die unter anderem in der Sarrazin-Debatte zum Ausdruck kam. Auch auf den „Flüchtlingssommer“ 2015 folgte eine „Mitleidsmüdigkeit“ (*compassion fatigue*) (vgl. Hafez 2016). Humanitäre

Haltungen können sich sehr positiv bemerkbar machen, reagieren aber auch äußerst labil auf mediale und politische Narrationen (vgl. Chouliaraki 2006; Robertson 2010). Ob Flüchtlinge in den Medien als Täter oder Opfer, als Masse oder Individuen gekennzeichnet werden, bestimmt in hohem Maße, ob humanitäre Impulse auch zum Tragen kommen. Am Ende bleibt die Gesellschaft mit Blick auf Solidarität gegenüber „Fremden“ zutiefst gespalten. Eine stabile Kultur der praktizierten Liberalität und Solidarität gibt es nicht.

Versteht man Kultur als eine Phänomenologie der Alltagskultur und nicht nur als von Eliten geprägt, dann stellt man fest: Die Lebenswelt ist keine unschuldige Sphäre der Widerständigkeit gegen Systeme. Sie ist dies auch. Zugleich aber weist sie zahlreiche beharrende Strukturen in Sprache und Handeln auf (vgl. Knoblauch 1995). Gibt es eine lebensweltliche Ordnung jenseits der Stereotype? Gerade in Zeiten einer nachlassenden Systembindung kommt es zu neokonservativen Rückentwicklungen. Die Kolportage kultureller Stereotype der Weltbetrachtung sichert die Außengrenzen der zeitgleich stattfindenden Neu-Vergemeinschaftungen im virtuellen Raum und ist ein Gegengift gegen die mit Angst besetzte Fragmentierung von Gemeinschaft. Rassistische Zivilitätsverluste durch „virtuelle Kreuzritter“ dienen der verzweifelten Verteidigung einer Ordnung in einer neuen Unübersichtlichkeit der Moderne (vgl. Sparrow 2011). Die nationale Wir-Gruppe, eben noch fast vergessen, soll digital neu gestiftet werden.

Virtuelle Gemeinschaften sind am Ende keine Gemeinschaften (vgl. Stegebauer/Rausch 2006, S. 91), eine Verschiebung von der Gesellschaft zur Gemeinschaft findet also nicht wirklich statt. Was allerdings betrieben wird, ist ein zum Teil brutaler Feldzug für Surrogat-Gemeinschaften wie die „Nation“. Was „deutsch“ ist oder nicht ist, wird heute im Netz als Massenphänomen kulturkämpferisch in einer Weise erstritten, dass große Medien ihre Foren wegen „Shitstorms“ schließen müssen. Journalist_innen, Politiker_innen und Künstler_innen werden von Hasstiraden überzogen und religiöse und ethnische Minderheiten derart verunglimpft und sogar angegriffen, dass der soziale Friede gestört ist und die Bundesregierung nun verschärft rechtlich gegen diese Entwicklungen vorgeht.

Besser als die rechtliche Verfolgung wäre eine neue Ethik. Der Kosmopolitismus muss, will man dem Hass begegnen, zu-

Virtuelle Gemeinschaften sind am Ende keine Gemeinschaften, eine Verschiebung von der Gesellschaft zur Gemeinschaft findet nicht statt.

mindest ebenso zur Lebensweltstruktur werden wie der Nationalismus. Wir brauchen mehr Integration nach außen, in den Raum der internationalen Beziehungen hinein, und weniger Integration und mehr Liberalität im Inneren; mehr grenzüberschreitende Verbindung nicht nur zwischen politischen und wirtschaftlichen Systemen, sondern zwischen den Menschen, und weniger rassistische Mikroverletzungen innerhalb unserer Gesellschaft (vgl. Terkessidis 2004). In jedem Fall benötigen wir eine echte Globalisierung der Lebenswelten und ein Ende der „halben Moderne“ (vgl. Tibi 2003), die nicht nur im Orient, sondern auch in Europa und den USA um sich greift und bei aller Wertschätzung der gemeinsamen technischen Moderne die Universalität der Menschenrechte infrage stellt.

Am Ende stellt man sich die Frage, ob es eine stabile Reform des Kulturellen jenseits der Systeme überhaupt geben kann. Vergleicht man die Daten der empirischen Einstellungsforschung mit dem Handeln der Systeme, so entsteht bislang der Eindruck, dass Wirtschaft und Politik heute in manchen Bereichen fortschrittlicher sind als die Gesellschaften, aus denen sie entspringen (vgl. Hafez 2013, S. 106 ff.). Es ist die Bundesregierung, die die Deutsche Islamkonferenz eingeführt hat, den Islamunterricht an Schulen und eine bisweilen erstaunlich liberale Flüchtlingspolitik praktiziert. Allerdings sind die Systeme auch utilitaristisch genug, den Nationalismus ideologisch zu bedienen. Gerade der Umgang der Politik mit den Lebenswelten erscheint oft heterogen, zynisch, mal global, mal national, teils liberal, dann wieder geradezu chauvinistisch. Das Nationale wird funktional bedient und am Ende wundert sich die Politik, wenn europäische und kosmopolitische Werte wenig tragfähig sind und, wie im Fall des Brexit, sogar die EU gefährden. Die immer stärkere Betonung des Lokalen bedroht kosmopolitische Werte und damit auch den Konsens der liberalen Demokratie.

Ursachen 3: Kommunikationswissenschaftliche Perspektiven

Die verbreitete kulturpessimistische Klage über den Kulturverlust durch Neue Medien (vgl. Bugeja 2005) setzt an der falschen Stelle an, denn das Netz ist seinem Wesen nach konservativ. Nicht nur ist bislang nicht nachweisbar, dass etwa mobile Kommunikation reale Gemeinschaften zerstört. Im Gegenteil, Neue Medien schaffen neue Gemeinschaftlichkeit, wie auch immer beschränkt man diese definieren mag. Zugleich aber hat die kommunikative Wende des Netzes die Lebenswelten – zumin-

dest was die Frage des Rassismus angeht – hegemonialer werden lassen. Das Internet hat den Rassismus scheinbar viel eindeutiger begünstigt als den Multikulturalismus. Die inflationäre Ausbreitung von religiös oder ethnisch gefärbter Hate Speech ist besorgniserregend. Was also läuft falsch bei der kommunikativen Konstruktion der Lebenswelt im Internet?

Einige der Vordenker des Internets sind mittlerweile zu dessen Kritikern geworden. Unter anderem werden Zweifel an der Theoriefähigkeit von Schwarmintelligenz angemeldet. In spezifischen Interessengemeinschaften wie Wikipedia kann zwar einfaches faktisches Wissen relativ erfolgreich abgebildet werden. Die Fähigkeit zur rationalen Deliberation in anonymen Großgruppen ist allerdings beschränkt. Die im Internet präsentierten Kommunikate, sofern sie nicht auf die Arbeit von organisierten Sozialsystemen (Wissenschaft usw.) basieren, reproduzieren vielfach eher vorhandene Strukturen als sie innovativ zu erweitern. Das Genie des Internets liegt in der globalen Verfügbarkeit von (Teilen des) Weltwissen(s), nicht aber in den online stattfindenden Dialogen, deren Rationalität von der Wissenschaft vielfach in Zweifel gezogen wird. Studien aus zahlreichen Ländern stimmen überein, dass Onlinediskurse der Zivilgesellschaft oft Qualitätsdefizite aufweisen, sich auf eine geringe Anzahl von Themen konzentrieren und wenig dialog- und kompromissorientiert sind.² Die Inflation rassistischer Meinungsäußerungen im Netz ist also nicht nur auf politische Akteure und beharrende kulturelle Strukturen zurückzuführen, sondern hat auch mit einer inhärenten Problematik des Netzes im Bereich des Dialogs in Großgruppen zu tun.

Geht man auf Vilém Flussers grundlegende Unterscheidung zwischen einem Dialog als rational-interaktivem Botschaftsaustausch zwischen mehreren Kommunikatoren und dem Diskurs als lose vernetzte Sammlung von Monologen zurück, dann ist das Internet außerhalb kleiner spezialisierter Interessenforen, die meist nur halböffentlich sind, eher im Bereich der Diskurse als der Dialoge zu verorten. Es gehört zu den Mythen des Internetzeitalters, dass das Netz den öffentlichen Dialog vorantreibe. Selbst hoch motivierte soziale Bewegungen, so weiß man heute, sind allenfalls zu einer „dünnen Ideologie-

Studien aus zahlreichen Ländern stimmen überein, dass Onlinediskurse der Zivilgesellschaft oft Qualitätsdefizite aufweisen.

2 Vgl. die Literaturübersicht bei Stromer-Galley/Wichowski (2013).

rung“ in der Lage (vgl. Bennett 2003, S. 153 ff.). Die Gesellschaft ist kaum zu einem Dialog mit sich selbst fähig. Je größer die Anzahl der Gesprächsteilnehmer, umso weniger Interaktion findet statt. Da der Internetdiskurs eben kein Dialog ist, hat sich an den großen Erzählungen der kulturellen Reinheit und den Problemen der interkulturellen Beziehungen auch wenig geändert. Das Internet ist in seiner Gesamtheit zu einer solchen radikalen Kommunikationswende von der diskursiven Beobachtung zum interaktiven Dialog auch nicht in der Lage. Es begünstigt vielmehr eine stete Vervielfältigung von Monologen.

Eine heikle Frage in diesem Zusammenhang ist die der Anonymität im Netz. Kommunikative Enthemmung entsteht nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass der Absender keine sozialen

Konsequenzen befürchten muss. Anonymität ist eine komplexe Problematik. Sie war kulturgeschichtlich bedeutsam, um politische Entwicklungen voranzutreiben, und sie dient in vielen Kontexten dem Schutz der Intimität. Nicht sinnvoll ist sie hingegen als

Ein Grund für Fremdenfeindlichkeit im Internet ist, dass gerade bei politischen Fragen ein konsonantes Gruppenverhalten vorherrscht.

Tarnung für kulturkämpferische Schimpfkanonaden, die andere Menschen im Bereich grundlegender Menschenrechte diffamieren. Aktuelle Studien zeigen eindeutig, dass ein Mangel an Zivilität im Netz durch Anonymität gefördert wird (vgl. Coe et al. 2014; Santana 2011).

In der Weise, wie sich die Grenzen von Privatheit und Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter verschieben, muss die Technik der Anonymisierung in Frage gestellt werden. Das Loblied auf die Anonymität, das darauf hinweist, dass das Netz soziale Missstände lediglich abbilde und nicht verursache (vgl. Wolfgang 2016), verkennt die gewaltorientierten Wirkungspotentiale des Netzes. Und warum sollen wir Dinge, die gesetzlich verboten sind, durch einen simplen Rollentausch nun eigentlich doch ausleben dürfen? Gilt das dann auch für Pädophilie und andere Grausamkeiten? Anonymität ist sinnvoll in autoritären Verhältnissen. In der Demokratie jedoch überwiegen die antisozialen Konsequenzen, was die Existenzberechtigung des Rechts auf Anonymität in Frage stellt und persönliche Identifikation zum zwingenden Bestandteil der öffentlichen Diskussionsethik macht.

Ein weiterer Grund für fremdenfeindlichen Hass im Internet ist, dass gerade bei politischen Fragen ein konsonantes Gruppenverhalten im Internet vorherrscht. Da das Internet ein Pull-Medium ist, man Inhalte also überwiegend aktiv ansteuern

muss, sucht sich der Nutzer den Weg des geringsten Widerstandes und orientiert sich an Menschen mit ähnlichen Meinungen. Interkulturelle Beziehungen durch Neue Medien sind empirisch bislang kaum nachgewiesen worden. Untersuchungen haben hingegen gezeigt, dass im deutschen Netz nicht nur islamophobe Blogs deutlich stärker vertreten sind als islamophile, sondern dass zwischen beiden Lagern auch keinerlei (dialogischer) Austausch besteht (vgl. Engelmann et al. 2010). Zur natürlichen Schwierigkeit des Dialogs in digitalen Großgruppen kommt also die Neigung, ethnozentrische Gruppenstrukturen zu reproduzieren. Das Internet ist damit, was die interkulturellen Beziehungen angeht, eigentlich nicht nur dialogarm und wirkt durch Anonymisierung radikalierend, sondern es ist auch strukturkonservativ. Auch im Bereich der Globalisierungsforschung weisen alle Zahlen darauf hin, dass wir im Internet die gleichen Reisen antreten wie im wahren Leben und dass auch hier neue interkulturelle Dialoge die Ausnahme und nicht die Regel sind. Das Internet verdichtet viel eher nationale Gemeinschaftsbezüge als dass es Grenzen überschreitet; es ist eher lokal als global ausgerichtet und heizt interkulturelle Kulturkämpfe an.

Die globale Ideologie der großen Netzbetreiber darf darüber nicht hinwegtäuschen. Die Vision einer neuen Kommunikationsbalance, die Menschen dazu befähigt, nicht mehr nur zu beobachten, sondern wieder dialogisch teilzuhaben und gerade in den interkulturellen Beziehungen von der Beobachtung zur Interaktion überzugehen (vgl. Giesecke 2002), um so neue Gemeinschaftlichkeit zu stiften, hat sich bislang leider nicht eingelöst – im Gegenteil. Hasskommunikation *in* Gruppen *über* andere Gemeinschaften und *über* die Grenzen der Gemeinschaft hinaus *an* andere Gemeinschaften oder Individuen ist ein rasant wachsendes Phänomen mit ungeahnten gesellschaftlichen Konsequenzen von der Verletzung der Privatsphäre über Sprachterror bis zur Aufstachelung zu Gewalt.

Ausblicke: Co-Regulierungen für die wehrhafte Demokratie

Mehr Kommunikation bedeutet also nicht immer weniger (sprachliche) Gewalt. Man wird sich von dem naiven Glauben verabschieden müssen, das Internet sei eine Struktur, die den interkulturellen Dialog ermögliche. Kommunikation verstanden als Diplomatie und Mediation kann durchaus Machtverhältnisse verändern. Das Netz ist aber ein Raum, dessen Strukturen bestehende hegemoniale kulturelle Machtverhältnisse

eher verstärkt als abbaut und zudem die Reformpotentiale etablierter Sozialsysteme – ihre Spielregeln der Zivilität, der legitimen Kontroverse und des Tabus (vgl. Hallin 1986) – untergräbt. Es stellt sich die Frage, wie man mit diesen neuen Entwicklungen kommunikationspolitisch umzugehen hat. Wenn aus der bisherigen Duldung „des Fremden“ öffentlich artikulierter Hass wird, dann ist eine Verschiebung zu erkennen, auf die man sehr unterschiedlich reagieren kann. Man kann sie ihrerseits dulden, nach dem Motto: Rassismus ist ein legaler Bestandteil von Meinungsäußerungen. Aber ist Duldung der Nicht-Mehr-Duldung sinnvoll? Rassistische Äußerungen im Netz haben nachweislich zu nachahmenden Gewalttaten geführt. Damit ist die Grenze des sozialen Friedens, die unsere Gesetze als Grenze der Meinungsfreiheit definieren, überschritten. Möglicherweise muss der Liberalismus, will er nach wie vor zum Wesen der westlichen Demokratie zählen, nunmehr wehrhafter werden.

Die Frage ist allerdings: Wie? Als Königsweg der digitalen Ethik galt bislang der Grundsatz: „Don't regulate, educate!“ Der Europäische Rat veröffentlichte bereits 2003 ein Internet Literacy Handbook, und die Europäische Kommission ließ ein Jahr später einen Internet Action Plan folgen (vgl. Tambini et al.

2008, S. 119). Viele europäische Länder haben ähnliche Initiativen eingeleitet, um über den Weg der Bewusstmachung und Medienkompetenzschulung Hasskommunikation bereits vor ihrer Veröffentlichung zu unterbinden. Hierzu wird allerdings eine neue kommuni-

kative Ethik benötigt, eine „Netiquette“, die Minimalstandards einer zivilen kommunikativen Ethik – und damit auch Tabus des Unsagbaren – klar definiert und die der Zulieferung durch verschiedene Gesellschaftskräfte bedarf. Staat, Politik und Medien müssten einen Schulterchluss eingehen, um einen neuen anti-rassistischen, multikulturellen Konsens zu schaffen, damit von vornherein weniger Hass entsteht.

Natürlich muss eine verbesserte kommunikative Ethik als moralisches Handeln in den Lebenswelten selbst erlernt werden. Vielleicht sollte man, wie an manchen Schulen bereits praktiziert, eine Art „Führerschein“ für die Nutzung des Internets einrichten. Wer sich in die Öffentlichkeit begibt, muss dies unter Umständen erst erlernen. Asymmetrische digitale Schriftkommunikation in Großgruppenkontexten verläuft nach anderen Regeln und Gesetzmäßigkeiten als das mündliche Gespräch oder der Briefverkehr im Privatraum. Durch zeitliche und räum-

Natürlich muss eine verbesserte kommunikative Ethik als moralisches Handeln in den Lebenswelten selbst erlernt werden.

liche Entgrenzungen unseres kommunikativen Handelns sind uns die Konsequenzen unseres Tuns nicht immer vollständig bewusst, und es ist dringend erforderlich, Medienkompetenz im Elternhaus und in der Schule zu erlernen.

Neben den primären und sekundären Sozialisationsinstanzen der Familie und Schule sind auch tertiäre Sozialisationsinstitutionen von großer Bedeutung. Die Rolle der Massenmedien und anderer Bildungsinstitutionen im Bereich der effektiveren Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie ist hervorzuheben. Gerade die Medien sind Weltbildapparate, deren Fähigkeit zur thematischen Setzung auch im Internetzeitalter ungebrochen ist. Der rechtspopulistische Hinweis auf die „Lügenpresse“ darf den Blick nicht dafür verstellen, dass die Medien eine erhebliche Mitverantwortung bei der Entstehung des Feindbildes Islam und der Flüchtlingsmüdigkeit tragen (vgl. Hafez 2016).

Das Phänomen Thilo Sarrazin beispielsweise ist eine massenmediale Erfindung. Ohne die überbordende Beachtung durch große Medien wäre der Autor niemals so bekannt geworden. Wenn, wie die heutige Rassismusforschung meint, die Sarrazin-Debatte der entscheidende Tabubruch war, der die Neuorganisation des Rechtspopulismus in Deutschland (AfD, Pegida usw.) entfachte (vgl. Friedrich 2015), dann muss man die Öffentlichkeit als Ganzes, und nicht nur die Sozialen Netze, im Blick behalten (vgl. Hafez 2015). Meinungsfreiheit im Zeitalter der Boulevardisierung, der Skandalisierung, der Pseudo-Expertise, Bild- und Nachrichtenfälschung, des Auslands-Krisenjournalismus und einer zur Beliebigkeit neigenden Definition von „Satire“ als getarnter Form des ethnischen Witzes sind Fehlentwicklungen der Medien, die ihre verantwortungsethischen Grundlagen mehr als bisher überdenken sollten. Eine Debatte über die Grundlagen journalistischer Ethik im Bereich des Rassismus ist aber weithin nicht in Sicht. Ethische Debatten vom Verbraucher in der Lebenswelt zu fordern, die das System der Massenmedien selbst nicht führt, ist aber ein Paradox, das dringend überwunden werden sollte.

Wenn all dies nicht hilft, müssen allerdings staatliche Eingriffe der Internet-Regulierung verschärft werden. Meinungsverbote, die nicht direkt zu Gewalt aufrufen, führen den Staat zwar in ein Dilemma. Definitions- und Abgrenzungsprobleme dessen, was Rassismus ist, verbieten es, an eine effektive rechtliche Umsetzung von Verboten als alleinige Lösung zu glauben.

Eine Debatte über die Grundlagen journalistischer Ethik im Bereich des Rassismus ist weithin nicht in Sicht.

Zugleich aber ist das bisherige weitgehende Versagen der ethischen Selbstregulierung durch die Zivilgesellschaft der Grund dafür, dass eine gemeinsame Co-Regulierung im Sinne einer Zusammenarbeit von Staat, Unternehmen, Institutionen und Bürgern heute als die einzige praktikable Strategie gegen Hasskommunikation im Internet betrachtet werden muss. Nur wenn alle Kräfte einer Gesellschaft in die Bekämpfung eingebunden werden, besteht eine realistische Chance zur Eindämmung digitaler Hate Speech (vgl. Tambini et al. 2008, S. 4 und 9). Co-Regulierung wird damit zum Signum der wehrhaften Demokratie.

Natürlich ist es nicht sinnvoll, wenn Unternehmen (wie Facebook) eigene willkürliche Zensurregeln entwickeln, sondern Co-Regulierung sollte im Austausch erfolgen. Man kann den monologischen Ungeist des Netzes nur mit neuen Dialogen austreiben. Diese sind umso wichtiger, als ethnischer und religiöser Hass sich nicht nur auf einzelne Personen bezieht, sondern ganze Gruppen – wie Juden, Muslime usw. – betrifft. Die aktuell verschärfte Maßnahmen der Bundesregierung bei der Verfolgung von Hass im Internet setzen zwar richtigerweise auf die Kooperation mit Unternehmen wie Facebook. Sie sind allerdings noch weitge-

In Frankreich und Deutschland wurden bereits empfindliche Gefängnisstrafen für digitale Hetze gegenüber Juden verhängt.

hend beschränkt auf persönliche Verleumdungen und Angriffe.³ Das alte Problem, dass auch nicht-personengebundener Rassismus gegen Gruppen, selbst dort, wo er nicht zur Gewalt aufruft, justiziabel sein kann, weil er als „Volksverhetzung“ den sozialen Frieden bedroht, wird dort noch nicht hinreichend erfasst.

Es gibt in Europa zahlreiche Präzedenzfälle, wie zumindest die Justiz auch dieses Problem eindämmen könnte. Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland wurden bereits empfindliche Gefängnisstrafen für digitale Hetze insbesondere gegen Juden verhängt (vgl. Tambini et al., S. 7 f.; Carlson 2016, S. 128 ff.). Der Ausweitung dieser Spruchpraxis auf andere Gruppen wie Muslime steht nichts im Wege. Das Internet ist gerade in Europa, anders als in den USA, rechtlich gesehen keineswegs ein rechtsfreier Raum der radikalen Meinungsfreiheit, sondern Sprechakte im Internet müssen sich den allgemeinen Gesetzen,

3 *Wider den Hass auf Facebook*, tagesschau.de, 14.1.2017, <https://www.tagesschau.de/inland/fakenews-regierung-103.html>; *Facebook markiert Fake News*, tagesschau.de 15.1.2017, <https://www.tagesschau.de/inland/facebook-fakenews-105.html>.

die das Recht auf Meinungsfreiheit ins Verhältnis zu anderen Grundrechten und zur Maßgabe des sozialen Friedens setzen, unterordnen.

Soll Co-Regulation als ein effektives System der Bekämpfung von Hassbotschaften entwickelt werden, wird man zwangsläufig auch über die Frage der Anonymisierung sprechen müssen. Anonymität ist sicher ein bedeutsamer Schutzmechanismus für Menschen in Diktaturen, und in geschlossenen Foren mag diese Art des Rollenwechsels auch in der westlichen Demokratie noch immer die Funktion erfüllen, soziale Rollen zu erproben und zu dynamisieren. Wo das Internet allerdings eine öffentliche Erweiterung unserer lebensweltlichen Handlungssphäre wird, dürfen nicht andere Gesetze herrschen als in der analogen Welt. Gerade in einer Zeit, in der Burka- und andere Vermummungsverbote verschärft werden, ist es nicht einzusehen, dass man hinter dem Bildschirm anonym bleiben darf. Für die wehrhafte Demokratie ist es heute dringend geboten, die Mythen der Internetgesellschaft hinter sich zu lassen und nicht nur die Gründe der Hasskommunikation besser zu verstehen, sondern bei ihrer Bekämpfung die bestehenden Gesetze durch Co-Regulierung konsequenter anzuwenden und auch gesetzgeberisch neue Wege zu gehen.

*Für die wehrhafte Demokratie
ist es heute dringend geboten,
die Mythen der Internetgesellschaft
hinter sich zu lassen.*

Literatur

- Bennett, W. Lance (2003): *Communicating Global Activism. Strengths and Vulnerabilities of Networked Politics*. In: *Information, Communication & Society*, 6. Jg., Nr. 2, S. 143-168.
- Bugeja, Michael (2005): *Interpersonal Divide. The Search for Community in a Technological Age*. New York/Oxford.
- Carlson, Caitlin Ring (2016): *Hashtags and Hate Speech: The Legal and Ethical Responsibilities of Social Media Companies to Manage Content Online*. In: Vanacker, Bastiaan/Heider, Don (Hg.): *Ethics for a Digital Age*. New York et al., S. 123-140.
- Chadwick, Andrew (2006): *Internet Politics. States, Citizens, and New Communication Technologies*. New York/Oxford, S. 121.
- Chouliaraki, Lilie (2006): *Spectatorship of Suffering*. London.
- Coe, Kevin/Kenski, Kate/Rains, Stephen A. (2014): *Online and Uncivil? Patterns and Determinants of Incivility in Newspaper Website Comments*. In: *Journal of Communication*, 64. Jg., Nr. 4, S. 658-679, DOI: 10.1111/jcom.12104.
- Crouch, Colin (2004): *Post-Democracy*. Cambridge.

- ECRI (2016): *ECRI General Policy Recommendation No. 15 on Combating Hate Speech, Adopted on 8 December 2015, Strasbourg, 21 March 2016, Council of Europe.* https://www.coe.int/t/dghl/monitoring/ecri/activities/GPR/EN/Recommendation_N15/REC-15-2016-015-ENG.pdf.
- Engelmann, Kerstin et al. (2010): *Muslimische Weblogs. Der Islam im deutschsprachigen Internet.* Berlin.
- Forst, Rainer (2006): *Toleranz und Anerkennung.* In: Augustin, Christian/Wienand, Johannes/Winkler, Christiane (Hg.): *Religiöser Pluralismus und Toleranz in Europa.* Wiesbaden, S. 78-83.
- Friedrich, Sebastian (2015): *Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilisierung in Deutschland.* Berlin.
- Giesecke, Michael (2002): *Von den Mythen der Buchkultur zu den Visionen der Informationsgesellschaft.* Frankfurt am Main.
- Habermas, Jürgen (¹1995): *Theorie des kommunikativen Handelns, 2 Bde.* Frankfurt am Main.
- Hafez, Kai (2013): *Freiheit, Gleichheit und Intoleranz. Der Islam in der liberalen Gesellschaft Deutschlands und Europas.* Bielefeld.
- Hafez, Kai (2015): *Lost in Discourse – the Mass Media’s Role in Creating Trump and Right-Wing Populism, Vortrag in der London School of Economics and Political Science, 18. November.* https://www.uni-erfurt.de/fileadmin/user-docs/phillfak/kommunikationswissenschaft/files_publicationen/hafez/Rede_London_LSE.pdf.
- Hafez, Kai (2016): *Compassion Fatigue der Medien? Warum der deutsche „Flüchtlingssommer“ so rasch wieder verging.* In: *Global Media Journal (German Edition)*, 6. Jg., Nr. 1. <http://www.globalmediajournal.de/de/2016/07/21/compassion-fatigue-der-medien-warum-der-deutsche-fluechtlingssommer-so-rasch-wieder-verging/>.
- Hafez, Kai/Schmidt, Sabrina (2015): *Die Wahrnehmung des Islams in Deutschland. Religionsmonitor – verstehen was verbindet.* Gütersloh.
- Hallin, Daniel C. (1986): *The Uncensored War. The Media and Vietnam.* Berkeley.
- Knipping-Sorokin, Roman/Stumpf, Teresa/Koch, Gertraud (2016): *Radikalisierung Jugendlicher über das Internet? Ein Literaturüberblick.* Hamburg, S. 27-31.
- Knoblauch, Hubert (1995): *Kommunikationskultur. Die kommunikative Konstruktion kultureller Kontexte.* Berlin/New York.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2001): *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics.* London.
- Margolis, Michael/Moreno-Riaño, Gerson (2009): *The Prospect of Internet Democracy.* Farnham/Burlington.
- Nam, Sang-Hui (2017): *Spontane Mobilisierung und der Wandel kollektiver Formationen im Internet. Eine Fallstudie zur PEGIDA-Bewegung.* In: *Forum Qualitative Sozialforschung*, 18. Jg., Nr. 1, Art. 3. <http://www>.

gedenkstaettenforum.de/fileadmin/forum/Offenes_Forum/2016/Spontane_Mobilisierung_und_der_Wandel_kollektiver_Formationen_im_Internet._Eine_Fallstudie_zur_PEGIDA-Bewegung.pdf.

Robertson, Alexa (2010): *Mediated Cosmopolitanism. The World of Television News*. Cambridge/Malden.

Santana, Arthur D. (2011): *Online Readers' Comments Represent New Opinion Pipeline*. In: *Newspaper Research Journal*, 32. Jg., Nr. 3, S. 66-81.

Schiffer, Sabine (2005): *Die Darstellung des Islam in den Medien. Sprache, Bilder, Suggestionen: Eine Auswahl von Techniken und Beispielen*. Würzburg.

Schiffer, Sabine (2010): *Grenzenloser Hass im Internet. Wie „islamkritische“ Aktivisten in Weblogs argumentieren*. In: *Schneiders, Thorsten Gerald (Hg.): Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen*. Wiesbaden, S. 355-376.

Sparrow, Jeff (2011): *Islamophobia and the Internet*. In: *Washington News Review vom 30.7.* <http://hanan-revue.blogspot.com/2011/07/islamophobia-and-internet.html>.

Stegebauer, Christian/Rausch, Alexander (2006): *Strukturalistische Internetforschung. Netzwerkanalysen internetbasierter Kommunikationsräume*. Wiesbaden.

Stromer-Galley, Jennifer/ Wichowski, Alexis (2013): *Political Discussion Online*. In: *Consalvo, Mia/Ess, Charles (Hg.): The Handbook of Internet Studies*. Malden/Oxford, S. 168-187.

Tagesschau.de (2017): *Wider den Hass auf Facebook*. In: *tagesschau.de vom 14.1.* <https://www.tagesschau.de/inland/fakenews-regierung-103.html>.

Tagesschau.de (2017): *Facebook markiert Fake News*. In: *tagesschau.de vom 15.1.* <https://www.tagesschau.de/inland/facebook-fakenews-105.html>.

Tambini, Damian/Leonardi, Danilo/Marsden, Chris (2008): *Codifying Cyberspace. Communication Self-Regulation in the Age of Internet Convergence*. London/New York.

Terkessidis, Mark (2004): *Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive*. Bielefeld.

Tibi, Bassam (2003): *Die fundamentalistische Herausforderung. Der Islam und die Weltpolitik*. München.

Wolfgang, J. David (2016): *Opening the Marketplace: A Case for Online Protection of Anonymous Online Comments*. In: *Vanacker, Bastiaan/Heider, Don (Hg.): Ethics for a Digital Age*. New York et al., S. 85-103.

Alle Internetquellen zuletzt aufgerufen am 15.5.2017.